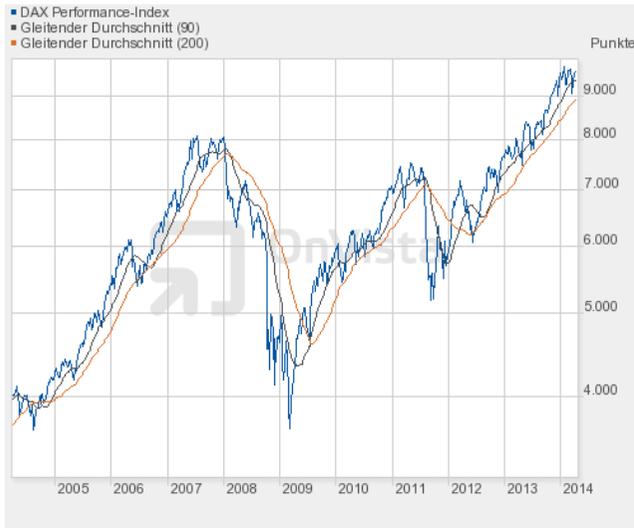


Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2013 9.552,16 Punkte
31.03.2014 9.555,91 Punkte (+ 0,04 %)



Ein aufregendes 1. Quartal 2014 liegt hinter uns. Der DAX bewegte sich in einer Spanne von 9.800 Punkten bis 8.900 Punkten. Der Tiefpunkt wurde mit der Besetzung der Krim durch russische Truppen erreicht. Angesichts der Ängste überraschte die folgende Erholung, sodass der DAX sogar das Jahresanfang-Niveau leicht überbieten konnte. Wie vorherzusehen, verzeichnete die deutsche Wirtschaft einen guten Start ins neue Jahr. Investitionen und Konsum zogen an. Einige Wirtschaftsforschungsinstitute wie das DIW haben – freilich noch vor der Ukraine Krise - die Wachstumserwartungen für 2014 bereits angehoben (1,9% nach 1,6%) Im Januar wurden 7% mehr Neuwagen verkauft. BMW überraschte beispielsweise mit der Aussicht auf Rekordumsätze und Gewinne in 2014. Die Aktie zog an einem Tag um 7% an. Verdi geht mit recht hohen Lohnforderungen in die Tarifverhandlungen. Die Erhöhung der Abgeordnetendiäten um 10% bot kein gutes Signal. Auch die Renter bekommen nach langer Durststrecke mehr: 1,7% im Westen und 2,5% im Osten. Nachdem die Inflation auf 1% gesunken ist, steigt wieder die Kaufkraft der Bürger. Deutschland erzielte im letzten Jahr einen Leistungsbilanzüberschuss (Exporte minus Importe) von 200 Mrd. Euro, der 7,6% vom Bruttosozialprodukt (BIP) ausmacht. Diese

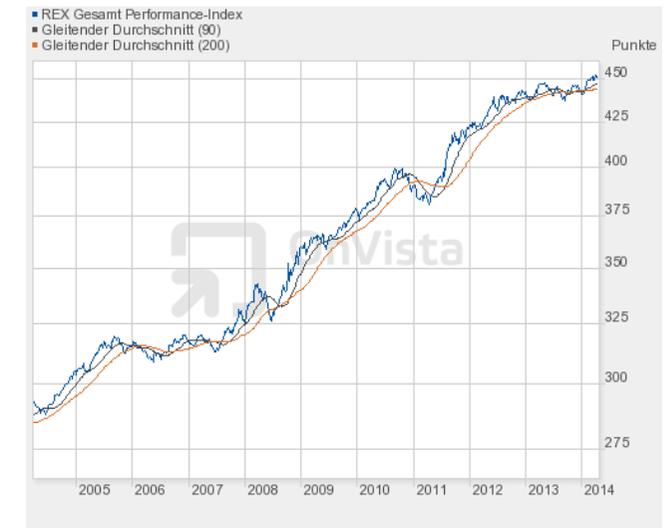
Beträge müssen von jenen Ländern finanziert werden, die unsere Produkte kaufen. Die Forderungen unseres Landes sind die Verbindlichkeiten unserer Geschäftspartner, mit denen wir in einem Boot sitzen. Daher setzt sich die deutsche Wirtschaft für den Euro und für die Vertiefung eines zu reformierenden Europas ein. Es bleibt zu hoffen, dass sich bei den anstehenden Europa-Parlament-Wahlen eine deutliche Mehrheit für diese Politik ausspricht. Die Medienberichterstattung sehe ich in diesem Zusammenhang weiter kritisch. Die FAZ beispielsweise unterschlägt positive Entwicklungen in den Südländern, und fokussiert sich auf negative Meldungen. Und die Bild-Zeitung schürt weiterhin diffuse Ängste. Noch am 18. Februar warnte sie in ihrer Online-Ausgabe vor dem „Geld-Crash“. Die Bürger werden verunsichert zurückgelassen. Der Konflikt um die Ukraine hält die Anleger in Atem. Ein neuer „Kalter Krieg“ wurde heraufbeschworen. Gott sei Dank sind es wirtschaftliche Aspekte, die vernünftige Lösungen nahelegen. Die schärfsten wirtschaftlichen Sanktionen brauchen gar nicht beschlossen zu werden. Sie vollziehen sich automatisch. Es geht um die Stellung Russlands an den internationalen Finanzmärkten, an denen sich das Land, wie jedes andere Land auch, Kapital beschaffen möchte. Der Rubel ist um gut 20% gegenüber dem USD gefallen und die Zinsen steigen. Dies ist eine bittere Pille für die russische Bevölkerung und den Staat. Die Kreditwürdigkeit Moskaus ist von Energieexporten abhängig. Die Investitionen von 6.000 deutschen Firmen in Russland haben beiden Seiten viele positive Kontakte und Vorteile gebracht. Russland hat eindeutig mehr als der Rest der Welt zu verlieren, dieses weiß auch Putin. Im Steuerhinterziehungsprozess um Uli Hoeneß taten sich Abgründe auf. Kein Drehbuchautor hätte den selbstverschuldeten Fall des Bayern-Bosses bei gleichzeitiger Zelebrierung höchster Fußballkunst durch die Mannschaft, besser inszenieren können. Doch Hoeneß befindet sich in guter Gesellschaft. Auch die Steuer-Beichten des ehemaligen Zeit-Herausgebers Theo Sommer, des Ex-Finanzministers von NRW Helmut Linssen und auch von Alice Schwarzer wurden in der Presse mit Häme kommentiert. Die „Deutsch-Bänker“ beziehen mal wieder steigende Boni bei sinkenden Gewinnen und Reputationsverlusten, die in Geld nicht mehr zu beziffern sind. Bei Lichte betrachtet herrschen bei uns auch griechische Verhältnisse. Als Fazit stelle ich fest: Die innere Stärke des Aktienmarktes ist offensichtlich. Es gibt viele Gründe für Vorsicht (Ukraine, Wachstumsschwäche in China und die Europawahlen). Von Euphorie fehlt jede Spur. Die Wirtschaft läuft wieder besser. Die Inflation ist auf dem Rückzug. Die EZB steht unter dem zunehmenden Druck, die Geldmenge durch den Ankauf von Wertpapieren und weiteren Zinssenkungen zu erhöhen. Auch darauf spekulieren Anleger.

Deutsche Anleihen (REX- P):

31.12.2013 440,54 Punkte
31.03.2014 451,07 Punkte (+ 2,39%)

Nachdem das Jahr 2013 durch einen leichten Zinsanstieg geprägt war, sind die Renditen in 2014 wieder stärker gesunken. Für die meisten Investoren kam dies sehr überraschend.

Man muss schon bis 2008 zurückgehen, um einen ähnlich starken Zinsrückgang zu finden. Damals flüchtete das Kapital aus Risikoanlagen und suchte sichere Häfen. Heute verunsichert die Ukraine-Krise. Dennoch ist die Lage grundsätzlich anders. Von einer allgemeinen Risikoabkehr kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Ein wichtiger Indikator ist die Zinsentwicklung in den südeuropäischen Ländern. In Italien sind jüngst die Renditen für 5-jährige Anleihen sogar auf ein historisches Tief von 1,88% gesunken. Im Vergleich zu Deutschland, wo die Zinsen gegen Null tendieren, ist dies vergleichsweise immer noch viel. Portugal konnte sich zu 3,88% auf 10 Jahre verschulden. Vor zwei Jahren schienen Anleger noch nicht mal bei zweistelligen Zinssätzen das Risiko portugiesischer Anleihen in die Bücher nehmen zu wollen. Wohl dem, der mutig war und gegen den Trend investierte. Ob dieser positive Trend der wieder zusammenlaufenden Zinsen in Europa weiter anhält, hängt mehr von politischen als von wirtschaftlichen Faktoren ab. Wollen die Bürger ein gemeinsames Europa? Sind die Politiker stark genug, nationale Interessen der europäischen Idee unterzuordnen? Gibt die Politik die Richtung vor, wird auch die Wirtschaft folgen, entweder im Positiven oder im Negativen. Die EU-Bürger haben die Wahl.



Ein Ausdruck des wirtschaftlichen Dilemmas sind die noch immer sinkenden Inflationsraten. Aktuell liegt die Rate bei 0,5%. Bleibt diese niedrig, werden die Zinsen wohlmöglich dauerhaft niedrig bleiben. Der von vielen befürchtete Kaufkraftverlust durch Inflation ist bisher nicht eingetreten.

Europäische Aktien (Euro Stoxx 50 Index)

31.12.2013 3.109,00 Punkte
31.03.2014 3.161,60 Punkte (+ 1,69%)

Forza Italia! Nach dem unruhlichen Abgang von Berlusconi hat sich der neue, junge und dynamische Ministerpräsident Renzi viel vorgenommen. Wahlrechts-, Arbeitsmarkt-, Verwaltungs- und Steuerreform stehen kurzfristig auf der Agenda. In seinem verkleinerten Kabinett sitzen 50% Frauen. Nun wird sich zeigen, ob Italien reformfähig ist. Die Kapitalmärkte reagieren begeistert. Der Staat konnte sich jüngst bei hoher Nachfrage so günstig wie noch nie finanzieren. Wer hätte dies auf dem Höhepunkt der Eurokrise vor gut anderthalb Jahren für möglich gehalten! Jedes Prozent Zinsersparnis erhöht den Reformspielraum von Renzi. Seine Initiative, die Vergütung im öffentlichen Dienst auf TEUR 300 p.a. zu deckeln - dies ist die Höhe des Salärs des Ministerpräsidenten - erzeugte bereits mächtig Widerstand bei den Staatsbetrieben wie Bahn und Post. Auch sein Vorschlag, öffentliche Gehälter ab TEUR 90 um 5% und ab TEUR 150 um 10% zu reduzieren, wird von den Betroffenen massiv bekämpft. Drücken wir ihm bei den anstehenden Machtpokern die Daumen.

Auch Spanien macht deutliche Fortschritte. Die Industrieproduktion steigt an, die Arbeitslosenquote hat scheinbar den Höhepunkt überschritten und auch die Banken konnten bisher rekordhohe Kreditabschreibungen gut wegstecken. Großinvestoren wie Soros wollen in europäische Banken investieren.

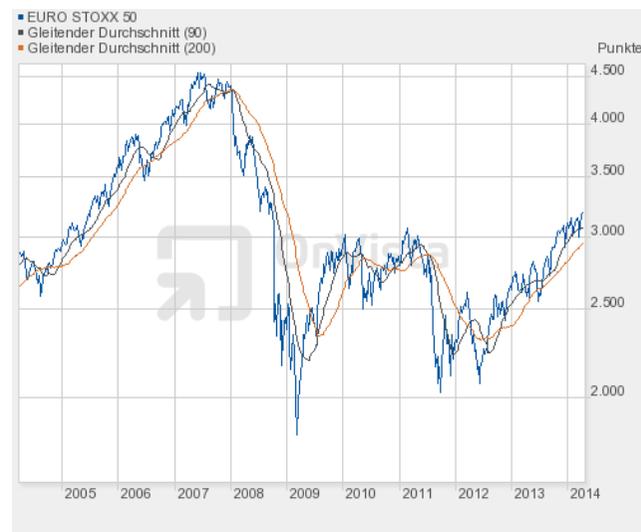
Griechenland erwirtschaftete trotz Rezession erstmals seit 1948 einen Leistungsbilanzüberschuss. Das heißt, es exportierte mehr als es importierte. Bei fortgesetzter Entwicklung könnte das Land seinen Kapitalbedarf bald eigenständig decken. Der Kritiker Prof. Sinn dürfte sich die Augen reiben, zeichnete er doch ein tiefschwarzes Bild der griechischen Wettbewerbsfähigkeit, die nur durch die Wiedereinführung der Drachme gerettet werden könne. Ohne Berücksichtigung der Zinsen, erzielte das Land einen noch unbestätigten Primärhaushaltsüberschuss von 2,7 Mrd. Euro. Davon sollen 0,5 Mrd. Euro in Soziales, 1 Mrd. in Schuldentilgung und 1 Mrd. zur Begleichung von offenen Rechnungen der öffentlichen Hand investiert werden. Die Schuldenlast des Landes ist damit natürlich noch nicht vom Tisch. Sollten sich die EU-Partner auf die gewünschten Erleichterungen (Teilerlass, Laufzeitenverlänger, Zinssenkung) im Gegenzug für die Reformfolge einlassen, wäre dies ein großer Schritt in Richtung Sanierung.

Trotz der Erfolge in Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und Irland steht die Gesundheit Europas noch auf tönernen Füßen. Insbesondere das Schwergewicht Frankreich leidet unter selbstverschuldeten Problemen. Hollandes Liebesleben trübt offensichtlich seine politische Potenz. Auch der politische Versuch eines Neustarts von Sarkozy wird durch die Veröffentlichung von Mitschnitten aus Kabinettssitzungen, an der überraschenderweise seine Gattin Bruni teilnahm, belastet. Das Ansehen der politischen Elite ist in Frankreich auf einen neuen Tiefpunkt gefallen. Dies verheißt nichts Gutes für die Europawahlen. Marie Le Pens Partei

Front Nationale steht davor, stärkste Partei zu werden. Auch in den Niederlanden sind ähnliche Kräfte am Werk.

Die Achillesferse in Europa bleibt das Bankensystem. Die Kreditvergabe europäischer Banken ist seit Ausbruch der Finanzkrise um 15% geschrumpft. Eine Wende ist immer noch nicht in Sicht. Auch die Geldmengenentwicklung verläuft schwach. Unternehmen halten sich weiter mit Investitionen zurück. Im Vergleich zum Umsatz liegt das Verhältnis auf einem 30-Jahrestief. Es würde daher nicht überraschen, wenn die EZB weitere Maßnahmen ergreift, um den Kreditprozess wieder in Gang zu bringen. Selbst der ansonsten kritische Bundesbankvorstand Weidemann sieht die Brisanz der Entwicklung ein und bekennt sich nun häufiger zur Strategie der EZB Führung unter Draghi.

Die Situation in unserem EU-Nachbarland Ukraine bleibt unübersichtlich. Der Westen, insbesondere die USA, haben in den letzten Jahren ihren moralischen Kredit bereits häufig verspielt - wie auch Russland. Die Auslandsinterventionen der USA im Irak und zahlreichen anderen Ländern, Foltemaßnahmen, der Einsatz von Drohnen, die totale Überwachung - einschließlich des „Feindstaates“ Deutschland - verstossen massiv gegen Völker- und Menschenrechte. Putin als russischer Alleinherrscher beherrscht das Instrumentarium ebenso. Was Amerika in Bezug auf die Ukraine von der EU hält, hat jüngst eine US-Diplomatin mit „Fuck EU“ inoffiziell zu Protokoll gegeben. So wird das ganze Spiel der Entrüstung schnell zur Farce, wenn alle Beteiligten ihre Glaubwürdigkeit schon vorher verloren haben. Eigentlich sollte dies die Europäer zur Einheit ermuntern. Der Finanzplatz London hat andere Sorgen. Aktuell bringen russische Oligarchen jährlich rund 50 Mrd. Euro in der der Londoner City. Die Anzahl der Sondervisa für russische „Mitbürger“ hat sich auf 125 verdoppelt. Offensichtlich sind russische Wirtschaftsflüchtlinge gern gesehene Gäste auf der Insel.



Der Euro versus USD

31.12.2013 1,3743 US\$ je Euro
31.03.2014 1,3752 US\$ je Euro (+ 0,07%)

Die Währungshüter und Wirtschaftspolitiker in Europa sind ganz froh, dass sich der Euro im Zuge der Krise in der Ukraine wieder etwas abgeschwächt hat. In der Zwischenzeit hatte er die Marke von 1,40 Euro gegen USD überwunden. Ein starker Euro ist nicht im Sinne der europäischen Exportindustrie und auch die verbilligte Einfuhr von Gütern birgt zusätzliche Deflationsgefahren. Die wachsende Zinsdifferenz zugunsten USD-Anleihen (2,79% zu 1,55% im 10-Jahresbereich) spricht für einen stärkeren USD. In USA bereitet die neue Notenbank-Chefin Janet Yellen die Märkte auf eine Zinserhöhung vor, nachdem die Konjunktur sich auf den Weg der Besserung befindet. In Europa wird die EZB vielleicht die Leitzinsen noch weiter senken müssen, um der noch fragilen Konjunktur in Südeuropa auf die Beine zu verhelfen. Vordergründig spricht also vieles für den USD.



Die Politik der EZB verdient ein ausdrückliches Lob. Ihre Bilanzsumme ist in den letzten beiden Jahren um 25% gesunken. Es wurden keine Staatsanleihen und Wertpapiere mehr am Markt erworben, um die Bilanzen von Banken und Staaten zu entlasten. Von zuvor gekauften Beständen konnte sich die EZB wieder trennen. Im Gegensatz dazu laufen die Ankaufprogramme der US-Notenbank Fed, der Bank of England (BOE) und der japanischen Notenbank (BOJ) auf Hochtouren. Die Bilanzsumme der Fed stieg beispielweise in diesem Zeitraum um 28%. Mit anderen Worten:

Die Geldmenge in USA ist damit wesentlich stärker gewachsen als in Europa. Insgesamt öffnet sich damit die Schere zugunsten Europa um über 50%. Der Euro steht damit auf stabileren Füßen als der USD. Da die Zukunft von Europa jedoch noch nicht gesichert ist, können die USA ihren Vorteil als Weltreservewährung Nr. 1 weiter ausspielen. Im Spiel um wirtschaftliche Macht hätte Europa alle Trumpfkarten in der Hand. Sie müssen nur ausgespielt werden.

Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

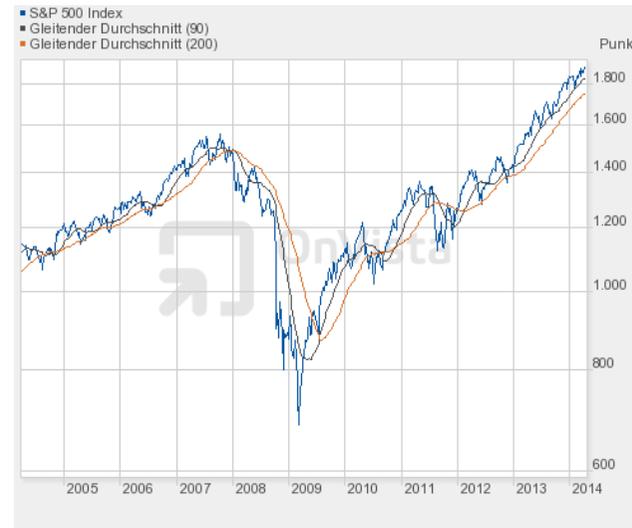
31.12.2013 1.848,36 Punkte
 31.04.2014 1.872,34 Punkte (+ 1,30%)

Auf den ersten Blick betrachtet hat Amerika die Bankenkrise, die in eine Verschuldungskrise mündete, besser überstanden als Europa. Amerika konnte durch den geballten geldpolitischen Einsatz aller zur Verfügung stehender Mittel die Krise stoppen. Weder der USD wurde in Frage gestellt, noch triffte die US-Wirtschaft in eine tiefe Depression. Anders in Europa. Der Euro und die Schuldrtragfähigkeit der Staaten wurden angezweifelt, was zu einer handfesten Wirtschaftskrise mutierte. Dennoch, auch Obamas 5-Jahresbilanz ist nicht ungetrübt. Die Staatsverschuldung hat sich ebenso wie die Anzahl der auf Lebensmittelmarken angewiesenen Haushalte verdoppelt. Der US-Bankensektor gilt inzwischen wieder als solide, sodass die Wachstumsaussichten der US Wirtschaft positiver eingeschätzt werden. Janet Yellen als neue Vorsitzende der US-Notenbank Fed genießt offensichtlich das Vertrauen der Finanzmärkte. Sie gilt als sehr klug und geduldig. Bisher operierte sie mit großem Geschick. Selbst die in Aussicht gestellte Erhöhung der Leitzinsen konnte die Märkte nicht schocken. Dies war bei Bernanke noch anders. Auch trug sie mit ihrer bisher umsichtigen Kommunikationspolitik dazu bei, Druck von den Schwellenländern zu nehmen, die doch noch im letzten Jahr stark am Tropf der Fed zu hängen schienen.

Auch der Kongress verzeichnete Lernkurveneffekte. Der US-Haushalt einschließlich der Anhebung der Schuldengrenze wurden diesmal schnell und zügig auf den Weg gebracht. Im letzten Jahr wurde dabei viel Porzellan zerschlagen, sodass selbst die fundamental oppositionierende Tea-Party Bewegung, die einen Ausschnitt der Republikanischen Partei darstellt, Einsicht zeigte. Schließlich nahmen große Teile der US-Bevölkerung die Politik-Posse den Politikern übel. Die zeitweise Lahmlegung der öffentlichen Verwaltung in 2013 ging dann doch den meisten zu weit.

Den US-Unternehmen geht es gut. Von den globalen Top-100 Unternehmen haben 46 ihren Sitz in den USA. Insbesondere im Technologie- und Dienstleistungssektor sind Apple, Google, Facebook, Amazon und Co. nicht zu schlagen. Deutschland ist mit sechs Unternehmen in der zweiten Hälfte der Rangliste vertreten. VW als bestplatziertes Unternehmen schafft es gerade auf Rang 50. Nach einem harten Winter sind die Aussichten auf eine fortgesetzte wirtschaftliche Erholung in Amerika nicht schlecht. Eine 84-jährige verdiente sich jüngst den Respekt der zunehmend US-kritisch eingestellten Welt. Sie überwand relativ locker den Hochsicherheitstrakt eines AKW's. Von einem Richter wurde sie

wie ihre Mitaktivisten zu einer 3-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Zum Richter meinte sie: „Zeigen Sie bitte keine Gnade, es ist mir eine Ehre für den Rest meines Lebens im Gefängnis zu sitzen.“

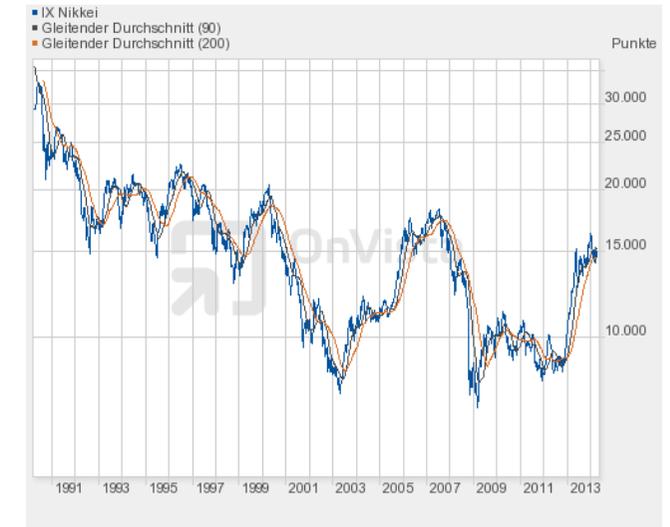


Japanische Aktien (Nikkei-Index)

31.12.2013 16.291,31 Punkte
 31.03.2014 14.827,83 Punkte (- 8,98%)

Japan steht vor großen Herausforderungen. Es stellt sich zunehmend die Frage, ob die Regierung um Ministerpräsident Abe in der Lage ist, dringliche Reformen durchzuführen. Das Land verharrt in konservativen Denkmustern. Die Einwanderung oder die Rekrutierung von Frauen für den Arbeitsmarkt bleiben tabu. Die öffentliche Verschuldung des reichen, aber überalterten Landes schreitet voran. Die Zeitfenster werden enger. Mit der ab dem 1. April in Kraft tretenden MwSt. Erhöhung von 5 auf 8% versucht das Land, die Schuldsituation zu entschärfen und gleichzeitig der Deflationsfalle zu entgehen. Die Unternehmen werden angehalten, die Löhne zu erhöhen. Die Arbeitnehmer von Toyota erhalten erstmalig seit sechs Jahren wieder eine Gehaltserhöhung. Wegen der MwSt. Erhöhung bleiben die Aussichten jedoch ungewiss. 70% der Neuverschuldung werden bereits durch die japanische Notenbank finanziert. Seit Fukushima in 2011 haben die Wirtschaftsprobleme enorm zugenommen. Aus der Exportnation ist eine auf Energieimporte abhängige Nation mit beträchtlichem Leistungsbilanzdefizit geworden. Japan muß immer teurer werdendes Gas und Öl aus Übersee einführen, nachdem alle Atomkraftwerke abgeschaltet wurden. Die missliche Lage spricht dafür, dass Japan schon bald wieder die AKW's einschalten wird. Auch die Bevölkerung scheint die Wende politisch mittragen zu

wollen. Im Wettbewerb mit Amerika, Europa und China droht das Land weiter ins Hintertreffen zu geraten.



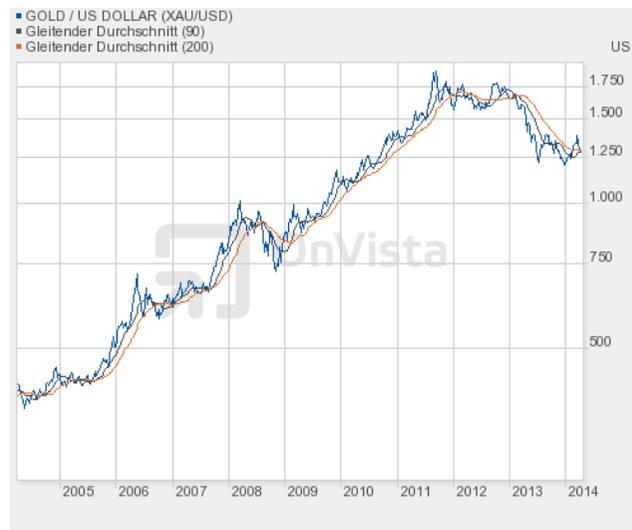
Aktien Schwellenländer (MSCI Emerging Market Index)

31.12.2013 92.402,69 Punkte
 31.03.2014 91.974,46 Punkte (- 0,47%)

Politisch stehen viele Schwellenländer unter großen Spannungen. Nach Syrien, Ägypten stehen nun die Ukraine und Russland im Fokus der Weltöffentlichkeit. In Syrien geht das Morden weiter und in Ägypten wurden jüngst in einem Schauprozess 529 Todesurteile gesprochen. Auch die Türkei kommt nicht zur Ruhe. Trotzdem schafft es Erdogan seine politische Basis bei den jüngsten Wahlen zu festigen. Dies kann man als Westeuropäer schwer nachvollziehen. Litten die Finanzmärkte im vergangenen Jahr unter dem Abzug spekulativer Gelder, ist in den letzten Wochen eine deutliche Beruhigung eingetreten. Nach den erfolgten Abwertungen der Währungen und niedrigeren Inflationsraten machen sich Investoren Hoffnungen auf Zinssenkungen. Die größten Sorgen macht man sich zu Zeit um China: Korruption, Kreditausfälle bei den Schattenbanken, Smog und gedämpfte Wachstumsaussichten verunsichern. Die chinesische Währung Yuan, die sich seit 2005 um 35% gegen den USD aufwertete, notiert nun wieder – mit politischer Unterstützung der Führung – schwächer. Die neue Regierung unter Präsident Xi bleibt aber nicht untätig:

Es wurden eine Reihe von Reformen mit dem Ziel der Liberalisierung verkrusteter Strukturen auf den Weg gebracht. Ausländisches Kapital ist nun stärker erwünscht. Die freie Handelbarkeit des Yuan soll sukzessive in die Tat umgesetzt werden. In London und in Frankfurt soll künftig ein geregelter Devisenhandel entstehen. Xi's Staatsbesuch in Deutschland fand in einer freundschaftlichen Atmosphäre statt. Angesichts der vielen Krisen wurde eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart. Kuba – als eine der letzten realsozialistischen Enklaven – überraschte jüngst mit der Ankündigung, das Land wirtschaftlich zu liberalisieren, um es attraktiver für ausländische Investitionen zu machen. Angesichts der vielen Krisen und Auseinandersetzungen in der Welt bleibt festzuhalten, dass die globalisierte Wirtschaft und die Finanzmärkte stabilisierende Instrumente zur Verfügung stellen. Man möge sich kaum ausmalen, wie es ohne sie wäre.

Engagements teurer. Anders als prognostiziert, ist die Inflation global auf dem Rückzug. So verwundert es nicht, dass der Goldpreis seine Erholungsbewegung wieder gestoppt hat. Beim Thema Rohstoffe kann man angesichts der Entwicklungen in den letzten zehn Jahren den Eindruck gewinnen, dass Banken ein scheinbar attraktives neues Spielfeld gefunden hatten, welches sie nun so langsam wieder verlassen. Zurück bleiben die mit einsichtigen Argumenten in den Markt gelockten Privatanleger, die letztlich die Zesche zahlen.



Rohstoffe, Energie & Gold

31.12.2013 1.204,90 USD je Feinunze
31.03.2014 1.284,93 USD je Feinunze (+ 6,60%)

Gold ist und bleibt ein Objekt der Spekulation. Dies belegen auch aktuelle Angebots- und Nachfrageanalysen. Trotz steigender Nachfrage aus China und aus der Schmuckindustrie, wird der Preis im Wesentlichen durch Mittelab- und Zuflüsse der börsennotierten Goldfonds bestimmt. Optimisten setzen darauf, dass diese nun langsam auslaufen. Wirtschaftlich und auch aus Anlegersicht gesehen, befindet sich Gold in einer schwierigen Position. Die Anlage in Dividendenpapiere hat an Reiz gewonnen und festverzinsliche Wertpapiere locken wohlmöglich mit steigenden Zinsen. Insbesondere das mögliche Anziehen der kurzfristigen Diskontsätze in USA, macht die Finanzierung spekulativer

Kritische und desillusionierte Berichte gab es über die Zukunftsaussichten von Fracking. Bei dieser Methode geht es um die Förderung von Gas und Öl aus Schieferstein. Es wird argumentiert, dass die Industrie mit geschönten Zahlen operiert, um die Preise von Beteiligungen an entsprechenden Projekten in die Höhe zu treiben. Die großen Konzerne mussten bereits Abschreibungen vornehmen, da die erwarteten Gewinne ausgeblieben sind. Auf der anderen Seite sind die globalen Investitionen in erneuerbare Energietechniken in 2013 um 13% gesunken. Eine Umkehrung der Trends erscheint wünschenswert. In 2013 wurden neue Hitzerekorde insbesondere auf der Südhalbkugel aufgestellt. Die herkömmlichen Klimamodelle konnten diese Entwicklung nicht beschreiben. Das Wirken externer Faktoren wie die des Kohlendioxids wird offensichtlich zunehmend wahrscheinlicher.

Trotz sorgfältiger Recherchen übernimmt der Verfasser keine Gewähr für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Informationen. Sie geben seine persönliche Meinung wieder (Stand 31.03.2014). Anlageempfehlungen können daraus nicht abgeleitet werden. Diese können nur Gegenstand einer persönlichen Beratung sein.

Redaktion:

Michael Scheidgen
private finance e.K.

Stefan Andres Straße 23
56567 Neuwied
Telefon: 02631/953960

www.scheidgen-private-finance.de
michael.scheidgen@t-online.de